

Zur Umgehungsstraße kommen jetzt zwei Bürgerentscheide

- Marktgemeinderäte erklärte beide für zulässig – Termin mit Bundestagswahl -

Mallersdorf-Pfaffenberg (al) Seit kurzem liegen im Rathaus zwei Anträge auf Durchführung eines Bürgerentscheids vor. Beide haben die Verlegung der Staatsstraße zum Inhalt. Der Marktgemeinderat hatte in der vergangenen Woche über die Zulassung zu entscheiden. Diskussionsstoff lieferten dabei jedoch die Formulierungen des Bürgerbegehrens Nr. 2 und der Stichfrage.

Zum ersten Mal überhaupt in seiner Geschichte hatte sich der Marktgemeinderat mit dem Thema Bürgerbegehren zu befassen. Als Besonderheit kam hinzu, dass gleich zwei Anträge auf Zulassung eines Bürgerentscheids eingereicht wurden.

Das Bürgerbegehren der Bürgerinitiative AG Labertalau wurden von 1413 Personen unterschrieben. Wie Bürgermeister Wellenhofer berichtete, hat eine Kontrolle der Geschäftsleitung ergeben, dass mehr als 10 % der Gemeindebürger ihre Unterschrift geleistet haben. Es geht darum, dass die Planung der Umgehungsstraße nicht durch die Labertalau geführt wird. Die Abstimmungsfrage lautet konkret „ Ich bin dafür, dass der Marktrat die Führung der Umgehungsstraße durch die Labertalau ablehnt und sich zugleich mit allen rechtlichen Mitteln für die Verwirklichung der Umgehung südlich der Gäuboden-Bahnlinie einsetzt“. Ohne Gegenstimme wurde das Bürgerbegehren der Initiative AG Labertalau für zulässig erklärt und die Durchführung eines Bürgerentscheids beschlossen.

In der Folge ging es um das Bürgerbegehren Nr. 2 der Bürgerinitiative „Umgehung jetzt“. Diese spricht sich für eine Umgehungsstraße am Rande des Labertals aus. Insgesamt 923 Personen haben den Antrag unterschrieben und damit ebenfalls deutlich mehr als die verlangten 10 % der Gemeindebürger. Konkret lautet die Frage: „Sind Sie dafür, dass der vom Marktgemeinderat im Jahr 2003 gefasste Beschluss einer Umgehungsstraße am Rande des Labertals aufrecht erhalten wird?“. Marktgemeinderat (MGR) Helmut Stumvoll wollte konkret den Wortlaut des Beschlusses aus dem Jahre 2003 hören, während MGR Edeltraud Fahrner den Ausdruck „Rand des Labertals“ als falsch bezeichnete. Bürgermeister Wellenhofer dazu: „Der frühere Leiter des Straßenbauamtes hat dies so deklariert“. Letztendlich wurde auch dieses Begehren für zulässig erklärt und die Durchführung eines Bürgerentscheids beschlossen.

Übereinstimmung herrschte auch beim Termin des ersten Bürgerentscheids. Die beiden Bürgerinitiativen sprachen sich dafür aus, diesen mit der Bundestagswahl abzuwickeln. Aus finanziellen und organisatorischen Gründen empfahl auch die Verwaltung, beide Entscheide zusammen zu legen. Der Marktgemeinderat zeigte sich sowohl mit dem Termin im September, als auch mit der Koppelung einverstanden. Wegen der gleichzeitigen Bundestagswahl ist noch eine Ausnahmegenehmigung des Innenministeriums notwendig, die bereits beantragt wurde.

Zu einem hin und her kam es schließlich, als es um die Formulierung der Stichfrage ging. Nach Art. 18 a Abs. 12 Gemeindeordnung hat der Marktgemeinderat für den Fall, dass an einem Tag mehrere Bürgerentscheide stattfinden und falls die zur Abstimmung gebrachten Fragestellungen in einer nicht miteinander zu vereinbarenden Weise beantwortet werden, eine Stichfrage zu beschließen. Die Klarstellung sollte wie folgt lauten: „ Werden die bei Bürgerentscheid 1 und 2 zur Abstimmung gestellten Fragen in einer miteinander nicht zu vereinbarenden Weise jeweils mehrheitlich mit Ja oder jeweils mehrheitlich mit Nein beantwortet: Welche Entscheidung soll dann gelten? Anzukreuzen sind

dann entweder „Umgehung südlich der Gäubodenbahnlinie“ oder „Umgehung am Rande des Labertals“. MGR Dr. Röder schlug eine eigene Formulierung vor. Auch MGR Lanzendörfer plädierte für eine weitere Klarstellung. In der Folge kam es zu einem verbalen Schlagabtausch. 1.

Bürgermeister Karl Wellenhofer stellte klar, dass er zusammen mit Geschäftsleiterin Monika Stadler die Abwicklung des Bürgerentscheids sowie den Wortlaut der Bürgerentscheide und der Stichfrage genau mit dem Juristen am Landratsamt abgeklärt hat. Regierungsdirektor Alois Lerner sprach sich dabei eindeutig für die jetzige Formulierung der Stichfrage aus. Letztendlich wurde diese trotz einiger Gegenstimmen dann doch angenommen.

Abschließend wurde noch ein Abstimmungsausschuss gebildet. Abstimmungsleiter ist 1.

Bürgermeister Karl Wellenhofer und Schriftführerin Verwaltungsamtfrau Stadler. Von den Fraktionen gehören dem Ausschuss die Fraktionsvorsitzenden Hans Trepesch, Robert Rauch und Heinrich Lanzendörfer an.

Akzeptiert wurde auch der Verwaltungsvorschlag zur Bildung von elf Stimmbezirken und zwei Briefwahlbezirken.

Bild: So sieht der vorläufige nichtamtliche Stimmzettel für den ersten Bürgerentscheid der Marktgemeinde am 27. September 2009 aus.